



Schnellinformation zum GEMEINDERAT

am Dienstag, 02.12.2025, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Haushaltsplan 2026 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2025-2029 - Beratung und Entscheidung über Anträge zum Haushaltsplan	Vorl.Nr. 316/25
-------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

TOP 1.1	- Übersicht über die Änderungen zum Stellenplan 2026	Vorl.Nr. 323/25
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) erläutern im Anschluss OBM **Dr. Knecht**, der **Leiter** des Fachbereichs Finanzen, sowie die **Leiterin** Organisation und Personal den aktuellen Planungstand des Haushalts 2026 samt Stellenplan.

Es erfolgt keine Aussprache.

TOP 1.2	- Stellungnahme des Personalrats zum Haushaltsplan
---------	--

Beratungsverlauf:

Die **Vorsitzende** des Personalrats erläutert die Haushaltssituation, die Personalsituation und informiert über die Zusammenarbeit mit der Verwaltung und dem Gremium.

TOP 1.3

Antrag Beendigung Beiträge für Klima Mitgliedschaften - Antrag der AfD-Fraktion vom 01.12.2025

Vorl.Nr. 411/25

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Tübck
Stadtrat Maier

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** informiert das Gremium, dass von Seiten der AfD-Fraktion ein weiterer Haushaltsantrag eingegangen ist, der sich aufgrund der Kurzfristigkeit noch nicht auf der Tagesordnung befindet.

Stadträtin **Kuhnke** stellt den Antrag der AfD-Fraktion vor.

BMin **Schwarz** erläutert den Themenkomplex und geht auf die Position der Verwaltung ein.

Im Anschluss lässt OBM **Dr. Knecht** über den Antrag abstimmen.

TOP 1.4

Anfrage zu freiwilligen Leistungen im Haushalt der Stadt Ludwigsburg - Haushaltsantrag der AfD - Fraktion vom 16.11.2025

Vorl.Nr. 366/25

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** empfiehlt eine Beratung des Antrags im nächsten Jahr im Wirtschaftsausschuss.

Es findet kein Sachvortrag und keine Aussprache statt.

Die antragstellende Fraktion (AfD) stimmt dem Verwaltungsvorschlag zu.

TOP 1.5 Antrag zur Reduzierung Allgemeiner Reisekosten und Honorare im Haushalt 2026 - Haushaltsantrag der Gruppierung Die Linke vom 16.11.2025 Vorl.Nr. 380/25

Beratungsverlauf:

OBM Dr. Knecht geht auf den Antrag ein und führt die Position der Verwaltung aus. Er schlägt vor, den Antrag im Rahmen von WIN-LB 2027 zu beraten.

Stadträtin **Allerborn** geht näher auf den Antrag ein und stimmt im Anschluss dem Vorschlag der Verwaltung zu.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

TOP 1.6 Reduzierung Verpflegung bei Spatenstichen, Richtfesten und Einweihungsfeiern - Haushaltsantrag der Gruppierung Die Linke vom 16.11.2025 Vorl.Nr. 381/25

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 1 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Tübek
Stadtrat Maier
Stadträtin Shoaleh

Beratungsverlauf:

OBM Dr. Knecht geht auf den Antrag ein und führt die Position der Verwaltung aus.

Im Anschluss an die Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über den Antrag abstimmen.

TOP 1.7 Ablehnung der Reduktion "Notwendigkeit und des Umfangs informeller Bürgerbeteiligungen" - Haushaltsantrag der Gruppierung Die Linke vom 16.11.2025 Vorl.Nr. 379/25

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** geht auf den Antrag ein und führt die Position der Verwaltung aus. Im Anschluss schlägt er vor, die Evaluation des jetzigen Konzepts im kommenden Haushaltsjahr abzuwarten.

Stadträtin **Allerborn** stimmt dem Verwaltungsvorschlag nach kurzem Austausch zu und fügt an, dass sich der Antrag erledigt hat.

TOP 1.8 Antrag auf Ablehnung der Reduktion der Öffentlichkeitsarbeit für die Klimathemen - Haushaltsantrag der Gruppierung Die Linke vom 16.11.2025 Vorl.Nr. 378/25

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Tübek
Stadtrat Maier

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** geht auf den Antrag ein, führt die Position der Verwaltung aus und eröffnet die Aussprache

Im Anschluss an die Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über den Antrag abstimmen.

TOP 1.9

Antrag auf Beendigung des „KlimaBonus“ zur Entlastung des städtischen Haushalts - Haushaltsantrag der AfD-Fraktion vom 11.11.2025

Vorl.Nr. 361/25

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Maier

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** geht auf den Antrag ein und führt die Position der Verwaltung aus

OBM Dr. Knecht eröffnet daraufhin die Aussprache.

Im Anschluss an die ausführliche Aussprache, die sich vor allem um den Aspekt des effektiven Mehrwerts und der Mitnahmeeffekte dreht, informiert OBM **Dr. Knecht** das Gremium, dass sich die Anträge der AfD- und FDP-Fraktion gleichen (vgl. Tagesordnungspunkt 1.9 und 1.10) und lässt daher über beide Anträge simultan abstimmen.

TOP 1.10

Abschaffung Klimabonus - Haushaltsantrag der FDP-Fraktion vom 24.11.2025

Vorl.Nr. 406/25

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 7 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Majer

Beratungsverlauf:

(Vgl. Beratungsverlauf 1.9)

TOP 1.11	Reduzierung der Mitarbeitenden-Festivitäten aufheben - Haushaltsantrag der Gruppierung Die Linke vom 16.11.2025	Vorl.Nr. 377/25
----------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** informiert das Gremium, dass der Antrag zurückgezogen wurde.

TOP 1.12	Öffentliche Sitzungen des Gemeinderates werden künftig per Live-Stream übertragen - Haushaltsantrag des LUBU-Stadtrates vom 18.11.2025	Vorl.Nr. 395/25
----------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** stellt fest, dass der Antrag nicht haushaltsrelevant ist und weist darauf hin, dass die Thematik im 1. Halbjahr 2026, im Zuge der Hauptsatzungsänderung nochmals thematisiert werde.

Von einer weiteren Aussprache wird abgesehen.

TOP 1.13	Interkommunale Zusammenarbeit: Kooperationsrendite von 1 Mio. € pro Jahr aufwachsend - Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 18.11.2025	Vorl.Nr. 382/25
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** stellt fest, dass der Antrag nicht haushaltsrelevant ist und stellt kurz die Position der Verwaltung dar

Stadtrat **Prof. Dr. Vierling** ist zufrieden, dass über das wichtige Thema gesprochen wurde und nimmt den Antrag zurück.

TOP 1.14	Keine Verlagerung des FB Wirtschaftsförderung in den Eigenbetrieb TELB - Haushaltsantrag der SPD-Fraktion vom 18.11.2025	Vorl.Nr. 373/25
----------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** stellt fest, dass der Antrag aufgrund der Geschäftsordnung (Karenzregelung) nicht zulässig ist und außerdem nicht haushaltsrelevant ist.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** hält fest, dass das Thema von der SPD-Fraktion nochmal aufgegriffen werden wird.

TOP 1.15	Nur Planungsrate für die Einbringungsstelle Rettungsboote in Hoheneck - Haushaltsantrag der SPD - Fraktion vom 18.11.2025	Vorl.Nr. 374/25
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** stellt den Antrag der SPD-Fraktion vor.

EBMin **Schmetz** erläutert die Position der Verwaltung und informiert, dass das Thema im 1. Halbjahr 2026 im Ausschuss beraten werden soll. Sie schlägt vor, einen Sperrvermerk für die Haushaltsmittel vorzusehen und eröffnet die Aussprache

Nach erfolgter Beratung wird dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** teilt im Anschluss mit, dass durch den Sperrvermerk der Antrag erledigt sei.

TOP 1.16	Einführung der Ehrenamtskarte Baden-Württemberg in Ludwigsburg - Haushaltsantrag des LUBU-Stadtrates vom 18.11.2025	Vorl.Nr. 393/25
----------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Taskin** stellt den Antrag vor.

EBMin **Schmetz** stellt die Position der Verwaltung dar und informiert, dass die Zuständigkeit für dieses Thema beim Landkreis liegt und dort aufgrund der Kosten abgelehnt wurde.

Im Anschluss eröffnet sie die Aussprache.

Nach erfolgter Aussprache nimmt Stadtrat **Taskin** den Antrag zurück und bittet die Kreisräte, sein Anliegen zu unterstützen.

TOP 1.17	Angebot Aktiv im Park bleibt bestehen - Haushaltsantrag der Gruppierung Die Linke vom 16.11.2025	Vorl.Nr. 376/25
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Allerborn** stellt den Antrag vor.

EBMin **Schmetz** stellt die Position der Verwaltung dar und informiert, dass das Programm lediglich umstrukturiert wurde und weiterhin positiv aufgenommen wird.

Nach kurzer Aussprache zieht Stadträtin **Allerborn** den Antrag zurück.

TOP 1.18	Einsatz von automatisierten Fahrzeugen zur Parkraumüberwachung - Haushaltsantrag des LUBU - Stadtrats vom 18.11.2025	Vorl.Nr. 394/25
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** stellt fest, dass der Antrag nicht haushaltsrelevant ist.

BM **Mannl** führt aus, dass das Thema im 1. Halbjahr 2026 im MU besprochen wird.

TOP 1.19	Bericht zum weiteren Umgang mit den Luftfiltersäulen in der Schlossstraße / B 27 - Haushaltsantrag der CDU - Fraktion vom 17.11.2025	Vorl.Nr. 372/25
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** verweist auf den Pressebericht in der LKZ (Behandlung des Themas im nächsten MU 11.12.25)

TOP 1.20	Haushaltsantrag "Müllkosten im öffentlichen Raum" (Prüfantrag) - Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.11.2025	Vorl.Nr. 391/25
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** stellt fest, dass der Antrag nicht erfüllbar ist, da die Differenzierung der Anteile an unterschiedlichen Müllsorten (z.B. Verpackungsmüll) nicht darstellbar ist. Eine Aufschlüsselung der Gesamtkosten im Müllentsorgungs- und Reinigungsbereich wäre vorstellbar.

TOP 1.21	Planungsrate für Neckarsteg und Parkplatz gegenüber Freibad - Haushaltsantrag der SPD - Fraktion vom 18.11.2025	Vorl.Nr. 375/25
----------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** stellt den Antrag der SPD-Fraktion vor.

BMin **Schwarz** schlägt vor, das Thema in die Machbarkeitsstudie der BuGa zu implementieren. Der Otto-Konz-Weg wird entsprechend ertüchtigt.

Nach erfolgter Aussprache merkt Stadträtin **Liepins** an, dass die SPD-Fraktion den Antrag zurücknehmen wird und einen neuen Antrag hinsichtlich der Fortführung des Bebauungsplanverfahren anstrengen wird.

Sie fügt außerdem an, dass mit den betroffenen Grundstücksbesitzern und Firmen ins Gespräch bzw. Verhandlungen gegangen werden soll.

TOP 1.22

Beibehaltung des jährlich durchgeführten Pferdemarkts - Haushaltsantrag der FDP-Fraktion vom 17.11.2025

Vorl.Nr. 404/25

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Tübek
Stadtrat Maier

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt wird vorgezogen.

Die FDP-Fraktion stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, das vom Wirtschaftsausschuss/BATEL nicht öffentlich behandelte Thema Pferdemarkt (344/25), zur erneuten Beratung auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung zu nehmen.

Stadtrat **Haag** stellt den Antrag vor.

OBM **Dr. Knecht** erläutert den Standpunkt der Verwaltung und eröffnet im Anschluss die Aussprache.

Nach ausführlicher Beratung lässt OBM **Dr. Knecht** über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

TOP 1.23

Der Pferdemarkt wird auch 2026 durchgeführt - Haushaltsantrag der FDP-Fraktion vom 24.11.2025

Vorl.Nr. 405/25

Beratungsverlauf:

(Vgl. Beratungsverlauf 1.22)

TOP 1.24	Einführung einer Zweitwohnungssteuer - Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 18.11.2025	Vorl.Nr. 383/25
----------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** stellt fest, dass der Antrag teilweise nicht haushaltsrelevant ist und weist darauf hin, dass eine weitere Beratung für das 1. Halbjahr 2026 im Wirtschaftsausschuss geplant ist und eine Umsetzung rechtlich auch erst 2027 möglich wäre.

Die Fraktion der Grünen geht mit dem Vorschlag der Verwaltung mit.

TOP 1.25	Einführung eines Mobilitätspasses zur Finanzierung und Stärkung des ÖPNV in Ludwigsburg - Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.11.2025	Vorl.Nr. 392/25
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** weist darauf hin, dass der Antrag nicht haushaltsrelevant ist und außerdem der Landkreis zuständig ist. Er schlägt vor die Beratung im MU fortzusetzen.

Die Fraktion der Grünen stimmt dem Vorschlag zu.

TOP 1.26	Verwendung von Mehreinnahmen beim Haushalt 2026 - Haushaltsantrag der CDU - Fraktion vom 17.11.2025	Vorl.Nr. 369/25
----------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** des Fachbereichs Finanzen verweist auf die Informationen vom Sitzungsbeginn und erläutert, dass alle Mehreinnahmen zur Verringerung des Schuldenstands eingestellt sind.

Beschluss:

1. Die Satzung über die Erhebung einer Übernachtungssteuer in Ludwigsburg (Übernachtungssteuersatzung) ab dem 01.07.2026 wird in der Fassung des angeschlossenen Entwurfs (Anlage 1) beschlossen.
 2. Die Ausführungen in der Begründung werden zustimmend zur Kenntnis genommen.
 3. Zur Abwicklung der Übernachtungssteuer wird eine Personalstelle in 0,5 VZÄ in EG 8 TVöD ab dem 01.01.2026 geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag der SPD (186/25) wird mit 7 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Der Beschluss (325/25) wird mit 38 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Der Antrag der Linken (249/25) wird mit 2 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Maier

Beratungsverlauf:

OBM Dr. Knecht stellt den Tagesordnungspunkt vor und informiert, dass über diesen Punkt bereits ausführlich in den Ausschüssen beraten wurde.

Der **Leiter** des Fachbereichs Finanzen ergänzt die Schilderungen des OBM.

OBM Dr. Knecht eröffnet die Aussprache.

Nach kurzer Beratung wird über den Antrag der SPD (186/25), den Beschlussvorschlag der Verwaltung (325/25) und den Antrag der Linken (249/25) abgestimmt.

Beschluss:

1. Die Stadt Ludwigsburg führt eine Verpackungssteuer analog dem Tübinger bzw. Konstanzer Modell ein. Zur Abwicklung der Verpackungssteuer werden zum 01.01.2026 folgende Personalstellen geschaffen:
 - Fachbereich Finanzen: 1,0 VZÄ in EG 11 TVöD (unbefristet) sowie 0,5 VZÄ in EG 8 TVöD (unbefristet)
 - Referat 05: 0,25 VZÄ in EG 10 TVöD (befristet für ein Jahr)
 2. Bei Ablehnung der Einführung einer Verpackungssteuer (Ziffer I) wird die Stadtverwaltung beauftragt, auf Grundlage der beiliegenden Letters of Intent (s. Anlage) gemeinsam mit relevanten Akteurinnen und Akteuren aus Gastronomie und Handel (u. a. Bund der Systemgastronomie, DEHOGA, LUIS) die freiwillige Initiative „Sauberes Ludwigsburg“ zu starten. Ziel ist die Entwicklung und Umsetzung wirksamer, praxisnaher Maßnahmen zur Reduzierung von Einwegverpackungen sowie die Förderung von Mehrweg- und umweltfreundlichen Alternativen.
Über den Stand der Umsetzung wird dem Gemeinderat bis Mitte 2026 berichtet.
Zur Initiierung und Begleitung der Initiative werden im Referat Stadtentwicklung, Klima und Internationales 0,25 VZÄ in EG 10 TVöD für ein Jahr benötigt.
 3. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob eine rechtliche Regelung umgesetzt werden kann, mit dem Ziel, die Sicherheit, Sauberkeit und Müllvermeidung in der Stadt zu erhöhen und ggf. mit Rechtsfolgen bei Fehlverhalten zu bewehren.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss für Ziffer 1 wird mit 16 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Der Beschluss für die Ziffern 2 und 3 wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Maier

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** stellt den Tagesordnungspunkt vor und erläutert die unterschiedlichen Bestandteile des Beschlussvorschlags.

Im Anschluss eröffnet OBM **Dr. Knecht** die Aussprache und Beratung.

Nach ausführlicher Beratung hinsichtlich der Effektivität der Maßnahme, dem Mehrweg-Effekt und der möglichen Belastungen für alle Beteiligten, stellt OBM **Dr. Knecht** die im Beschluss genannten Teile zur Abstimmung.

TOP 4

Entwurfs- und Baubeschluss RS 8 -
Seestraße bis Oststraße

Vorl.Nr. 335/25

Beschlussvorschlag:

1. Der in der Vorlage 210/25 vorgeschlagenen Planung (Anlage 1: Lageplan RS 8) für die Umgestaltung der Alleenstraße bzw. Friedrich-Ebert-Straße zwischen Seestraße und Oststraße wird mit der Ergänzung von sieben Parkplätzen in der Alleenstraße zugestimmt.

2.1 Die Kosten für die Umsetzung des Abschnitts 1: Alleenstraße in Höhe von etwa 1,85 Mio. € werden vorbehaltlich der dargestellten Förderung und der Genehmigung des Haushaltsplan 2026ff genehmigt.

2.2 Die Kosten für die Umsetzung des Abschnitts 2: Friedrich-Ebert-Straße vor dem Forum in Höhe von etwa 2,26 Mio. € werden vorbehaltlich der dargestellten Förderung und der Genehmigung des Haushaltsplans 2026ff genehmigt.

2.3 Die Kosten für die Umsetzung des Abschnitts 3: Friedrich-Ebert-Straße im weiteren Verlauf in Höhe von etwa 4,68 Mio. € werden vorbehaltlich der dargestellten Förderung und der Finanzierbarkeit im Haushaltsplan ab 2030ff genehmigt.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderanträge gemäß Radschnellwegeprogramm und „NKK – Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ fristgerecht einzureichen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, die unter 2.1 bis 2.3 beschlossenen Abschnitte umzusetzen und die Ausschreibung und Vergabe der Arbeiten vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 40 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

Stadtrat Maier

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** stellt den Tagesordnungspunkt vor und verweist auf den abweichenden Beschlussvorschlag bezüglich der Kostenreduzierung.

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht wird, lässt OBM **Dr. Knecht** über den Tagesordnungspunkt abstimmen

TOP 5 Satzung für die verkaufsoffenen Sonntage (VOS) für die nächsten 5 Jahre Vorl.Nr. 285/25

Beschluss:

Die nachstehende Satzung über das Offenhalten von Verkaufsstellen

am 22.03.2026 anlässlich des „Ludwigsburger Märzklopfens“ (Ludwigsburg Innenstadt)

am 11.10.2026 anlässlich des „Ludwigsburger Kastanienbeutelfests“ mit Herbstmarkt (Ludwigsburg Innenstadt)

wird genehmigt.

Zusätzlich werden die verkaufsoffenen Sonntage bis 2030 jeweils aus Anlass des „Ludwigsburger Märzklopfens“ und aus Anlass des „Ludwigsburger Kastanienbeutelfests“ genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 39 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Maier

Beratungsverlauf:

OBM Dr. Knecht leitet den Tagesordnungspunkt ein und stellt den Punkt, da keine Aussprache und Sachvortrag gewünscht werden, zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat stimmt dem vorgestellten Konzept zur Weiterentwicklung der Stadtteilausschüsse zu. Die Verwaltung wird beauftragt, die Erprobungsphase vorzubereiten und im Jahr 2026 durchzuführen sowie dem Gemeinderat anschließend einen Evaluationsbericht vorzulegen. Danach wird vom Gemeinderat entschieden, ob die Neukonzeption fortgesetzt oder die bisherige Konzeption wieder aufgegriffen wird.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 39 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Maier

Beratungsverlauf:

OBM Dr. Knecht stellt den Tagesordnungspunkt vor und eröffnet die Aussprache.

Nach kurzer Aussprache und der Zusage, dass die Gremiumsmitglieder auch zu den Formaten der Stadtteilausschüssen informiert und eingeladen werden, stellt OBM Dr. Knecht den Punkt zur Abstimmung.

Im Anschluss beendet der OBM die öffentliche Sitzung